

## Slowenen stimmen Schiedsgerichts-Abkommen zum Grenzstreit zwischen Kroatien und Slowenien mit knapper Mehrheit ZU

**Am letzten Sonntag entschieden sich 51,46 Prozent der Slowenen für und 48,52 Prozent (vorläufige Angaben) gegen die Annahme des Schiedsgerichts-Abkommen mit Kroatien, in dem das Verfahren zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten geregelt ist. Die Wahlbeteiligung lag bei etwas über 40 Prozent.**

Das Ergebnis wurde von fast allen Seiten der slowenischen und kroatischen Politik und Wirtschaft, aber auch auf EU-Ebene begrüßt. Vertreter der slowenischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände stellten heraus, dass die Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen auch die Wirtschaft beider Staaten stärken wird. Der slowenische Außenminister machte klar, dass Slowenien sich mit dem Referendum erneut zur EU-Erweiterung und der EU-Mitgliedschaft der anderen Staaten des westlichen Balkans bekannt habe. Auch die kroatischen Politiker, allen voran die Premierministerin Jadranka Kosor, machten aus ihrer Erleichterung über den Ausgang des Referendums keinen Hehl.

Die slowenischen Oppositionsparteien, die sich vehement gegen das Abkommen ausgesprochen hatten, zeigten sich hingegen enttäuscht. Der Vorsitzende der größten slowenischen Oppositionspartei SDS, Janez Janša, kommentierte das Ergebnis mit den Worten: „Wir tadeln nicht diejenigen, die anders als wir abgestimmt haben oder der Wahl fernblieben...Es sind nicht die Wähler, die die Verantwortung tragen, sondern die Regierungskoalition, die uns alle in die

Sackgasse geführt hat.“ Er machte deutlich, dass seine Partei den EU-Beitrittsvertrag Kroatiens nicht zustimmen würde, bis die Schiedsgerichtsentscheidung gefallen sei.

Diese Haltung könnte noch erhebliche politische Wirkung entfalten. Im Herbst 2012 wird voraussichtlich die nächste Parlamentswahl in Slowenien stattfinden und etwas später die des Staatspräsidenten. Wenn der bisherige Zeitplan des kroatischen EU-Beitritts in der bisher absehbaren Form eingehalten wird, werden die beiden Wahlen zeitnah zum Ratifizierungsprozess des kroatischen EU-Beitrittsvertrags stattfinden. Damit könnte der EU-Beitritt Kroatiens eines der wichtigsten Themen der Wahlkämpfe werden. Schließlich benötigt der Beitrittsvertrag im slowenischen Parlament eine Zweidrittelmehrheit und verschafft damit der konservativen Opposition einen Hebel, die sozialdemokratisch geführte Regierung erheblich unter Druck zu setzen. Insofern lieferten die innenpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Wochen in Slowenien nur einen kleinen Vorgeschmack auf die noch kommenden.